

Offensiv



ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 6 · Jul./Aug. · 2020

Massenentlassungen, Lohnkürzungen, Kurzarbeit:

Krisenbewältigung nicht auf uns'rem Rücken!



**Auch in dieser Ausgabe: Kampf gegen
Rassismus · Zerbricht die EU?
· Tarifrunde ÖD**

Als Klasse kämpfen: Sozialabbau &



Nicht auf unserem Rücken: Profiteure von Heinz Hermann Thiele, Anteilseigner bei Lufthansa

Fyn Hansow

Die Corona-Pandemie und die anbrechende Wirtschaftskrise verändern in Deutschland die politische Lage. Die seit der Krise von 2008/9 anhaltende gesellschaftliche Polarisierung hat sich intensiviert. Die Politiker des kapitalistischen Establishments sind sich dieser Entwicklung in einer der Bastionen der „Stabilität“, wie sie Deutschland in den letzten Jahrzehnten war, bewusst und haben einen Propagandakrieg gestartet. Das Kapital setzt in vielen Branchen Stellenstreichungen und massenhaft Kurzarbeit durch. Wir erleben einen brutalen Angriff der Bosse auf unsere Lebensbedingungen. Doch die Führungen der größten Arbeiterorganisationen in Deutschland, der DGB-Gewerkschaften, haben dazu nicht nur nichts zu sagen – sie machen sich zu schändlichen Komplizen dieser Politik.

Ein Lockdown der Bosse

Die Agenda der Bundesregierung während Corona spricht Bände. Doch das Bemühen, eine „nationale Einheit“ gegen das Virus, das „keine sozialen Unterschiede kennt“ herzustellen – also die Politik, die die Produktion mit nur minimalen Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten weiterlaufen lässt, während Jugendliche in Parks von der Polizei schikaniert werden, weil sie sich mit Freunden treffen – wird von immer mehr Leuten durchschaut.

Unsere Antwort darauf ist nicht, das Corona-Virus zu leugnen (s. S.13). Es ist real und es ist eine Gefahr für die Arbeiterklasse. Aber der Lockdown in Deutschland war

ein Lockdown im Interesse der Bosse. Wenn in Göttingen nach einem Corona-Ausbruch hunderte Familien teilweise mit Bauzäunen in winzigen Wohnungen „unter Quarantäne“ gestellt werden und der Staat, anstatt sich um die Versorgung der Betroffenen zu kümmern, mit Polizeihundertschaften anrückt, wird das sehr deutlich.

Gemeinsam kämpfen gegen Rassismus

Eine ganze Generation von Jugendlichen macht nun die Erfahrung, was Repression im bürgerlichen Staat heißt, auch im Zusammenhang mit der weltweiten, antirassistischen Bewegung, ausgelöst durch den Mord an George Floyd (zu den Hintergründen von Rassismus im Kapitalismus s. S. 10f.): Demonstrationen, die aufgrund des „Infektionsschutzes“ mit Wasserwerfern beschossen werden oder tagelange Hetzkampagnen gegen die „Ausschreitungen“ in Stuttgart, ausgelöst durch Polizeischikane.

Doch die LINKE zeigt sich gänzlich unfähig, sich in dieser Situation auf die Seite derer zu stellen, die sie vorgeblich vertreten will. Wo sie sich erst im Bundestag freiwillig hinter die Krisenpolitik der Großen Koalition gestellt hat, lobt ein Politiker wie Dietmar Bartsch jetzt die Arbeit der Polizei in Stuttgart (zur Frage der Regierungsbeteiligung in der LINKEN siehe S. 8f.). Dabei wäre gerade jetzt die Chance, große Teile der Jugendlichen und Beschäftigten zu überzeugen, dass ein Kampf gegen Rassismus sowie die Gesundheits- und Wirtschaftskrise auch ein Kampf gegen den Kapitalismus sein muss!

Nicht auf unserem Rücken!

Die Hauptlast der Krise trägt die Arbeiterklasse. Egal ob gesundheitlich, wie bei Tönnies in Gütersloh und in den elenden Unterkünften der Spargelstecher, die zu Infektionsherden geworden sind, oder wirtschaftlich, mit den Millionen Beschäftigten, für die Kurzarbeit nichts anderes bedeutet als Lohnkürzung.

Schon vor Corona wurden massenweise Stellenstreichungen vorbereitet, wie in der Autoindustrie oder im Handel. Dazu kommen nun Betriebe wie die Lufthansa, die direkt vom Lockdown betroffen sind (siehe S.5). In den letzten Wochen konnten wir die wachsende Frustration und Wut von vielen Kollegen und eine erste Welle von Arbeitskämpfen in verschiedenen Branchen beobachten. Mit der anstehenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst (siehe S.15f.) oder dem kommenden Stellenabbau bei Galeria Karstadt Kaufhof ist es wichtig, die Lehren aus ihnen zu ziehen.

Der unbefristete Streik bei dem Getriebehersteller Voith Turbo im Ostallgäu ist ein starkes Beispiel für die Bereit-

gegen Rassismus, Entlassungen!

schaft der Kollegen, für ihre Interessen zu kämpfen. Anlass war die angekündigte Schließung des Werkes in Sonthofen, trotz konstanter Unternehmensgewinne.

Doch die Führung der IG Metall hat sich von Anfang an bemüht, die kämpferische Bereitschaft der Kollegen zu dämpfen und in eine sozialpartnerschaftliche Bahn zu lenken. Anstatt von Anfang an den Erhalt des Werkes zu fordern, beließ es die Gewerkschaft bei Verhandlungen über einen „sozialverträglichen“ Stellenabbau und rief zunächst nur zu einer eintägigen Arbeitsniederlegung auf. Erst nach einer auf Druck der Arbeiter erwirkten Urabstimmung wurde mit 98% unter den Beschäftigten ein unbefristeter Streik durchgesetzt. Auch als die Kollegen mit ihren Streikposten die Zulieferer des Werkes blockierten und die Unternehmensführung ankündigte, juristisch gegen den Streik vorgehen zu wollen, bedauerte die IG Metall noch die Ereignisse und beteuerte ihre Bereitschaft, „an den Verhandlungs-

tisch“ zurückkehren zu wollen. So konnte der Streik schließlich erstickt und die Werksschließung durchgesetzt werden.

Gewerkschaften in die Offensive!

Es ist höchste Zeit für eine gewerkschaftliche Gegenoffensive gegen die Offensive der Bosse! Für den Erhalt jedes Arbeitsplatzes und die 30-Stunden Woche! Weg mit den staatlich bezuschussten Lohnkürzungen und für eine Krisenpolitik im Sinne der Arbeiter und nicht der Vorstände!

Sonthofen zeigt: Die Gewerkschaftsbürokraten und -funktionäre werden alles tun, um eine solche kämpferische Agenda zu verhindern. Doch wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen! Organisieren wir uns in den Gewerkschaften und bewaffnen wir uns mit dem Programm des Marxismus!

Unser Aktionsprogramm gegen Corona-Pandemie und Wirtschaftskrise

- **Verstaatlichung des Gesundheitssektors unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Kollegen.** Kostenlosbehandlung aller Patienten. Ausgliederte Bereiche wie Hygiene oder Essensausgabe wieder eingliedern! Plan zur Einstellung von 160.000 Kolleginnen und Kollegen des medizinischen Personals!
- **Freistellung aller Kolleginnen und Kollegen aus Risikogruppen** und mit Kindern oder zu betreuenden Senioren bei voller Lohnfortzahlung.
- **Nein zu Kurzarbeit und Zeitarbeit! Geplante Werkschließungen oder Stellenstreichungen stoppen** Stattdessen: Öffnung der Geschäftsbücher von Großkonzernen und Banken; Dividenden einfrieren und Löhne voll auszahlen!
- **Sofortige Annullierung aller Zwangsräumungen, vorübergehende Aussetzung der Zahlung von Miete, Strom, Wasser und Telekommunikationsdiensten für alle bedürftigen Arbeiterfamilien.**
- **Massive Preissenkung und Deckelung der Preise aller lebenswichtigen Güter.**
- **Drastische Steuererhöhungen auf Unternehmensprofite und Erbschaften. Spekulationsgewinne enteignen.** Freiwerdende Ressourcen zur Ausfinanzierung aller notwendigen Sozialprogramme nutzen!
- **Für einen demokratisch erstellten Wirtschaftsplan,** der die folgenden Bereiche beinhalten muss: Umstellung von Teilbereichen der Produktion auf lebensnotwendige und medizinische Bereiche. Ausbau des Gesundheits- und Bildungssystems, massives Rentenerhöhungsprogramm, gleichmäßiger Ausbau des Streckennetzes, Nahverkehr öffentlich und umsonst!
- **Diktatur des Finanzkapitals brechen: Überführung der Banken und Konzerne der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle der einfachen, arbeitenden Bevölkerung.**

„Die Stempeluhr zur Zeiterfassung wurde im April abgeschaltet“

TRICKSEREIEN MIT DER KURZARBEIT

Interview mit einem Kollegen aus einem kleinen Hamburger Betrieb

Lieber Hans*, du arbeitest in einem kleinen Hamburger Betrieb, der Steuerberatung und Buchhaltung anbietet. Wie viele Kollegen arbeiten in deinem Betrieb und wem gehört er?

In meinem Betrieb arbeiten etwa 20 Leute. Einige machen schwerpunktmäßig Steuererklärungen und andere vor allem Buchhaltung für Kleinunternehmer. Die restlichen Mitarbeiter kümmern sich um die interne Organisation, den Kundenempfang und das Telefon. Das Unternehmen hat zwei Besitzer.

Sicherlich ist auch euer Büro von Corona und der Krise betroffen. Wie erlebst du die Arbeit dort aktuell, und wie haben sich die Arbeitsbedingungen verändert?

Im April haben wir die Kundentermine reduziert. Es wurde mehr per Telefon und Internet geregelt. Viele Kunden sind erst im Mai und Juni, statt im März und April für ihre Steuererklärung gekommen. Zudem wurde uns vorge-schrieben, bei Kundenterminen, die Arbeitnehmersteuer-erklärungen betreffen, Mundschutzmasken zu tragen, die wir selbst kaufen müssen. Bei Terminen mit Kleinunter-nehmern, die mehr bezahlen, müssen keine Masken getra-gen werden. Zudem wurde uns ein Schreiben vorgelegt, in dem wir Kurzarbeit im Betrieb per Unterschrift zustimmen sollen. Einigen Kollegen wurde mit Entlassung gedroht, für den Fall, dass sie nicht unterschreiben. Letztlich wurde aber niemand entlassen. Interessant fand ich, dass auch die Kol-legen statt Gehalt Kurzarbeitergeld bekommen haben, die der Zahlung von Kurzarbeitergeld nicht zugestimmt haben.

Bedeutet das auch, dass eure Arbeitszeit entspre-chend reduziert wurde?

Einige Kollegen durften im April für drei Wochen zu Hause bleiben. Dafür haben sie dann Kurzarbeitergeld ohne Aufstockung bekommen. Andere haben normal weiter-gearbeitet und waren wie gewohnt 40 Stunden pro Woche im Büro. Diese Kollegen haben dann Kurzarbeitergeld und dazu noch ein Darlehen bekommen, so dass sie nicht we-niger auf dem Konto hatten, als zuvor. Die Stempeluhr zur Zeiterfassung wurde im April abgeschaltet.

Kurzarbeit soll ja laut Bundesregierung eine Option sein, um Betriebe aus der Krise zu „retten“ und Stellen-streichungen zu verhindern. Ist dein Eindruck, dass der Betrieb ohne Kurzarbeit vor dem Aus stünde?



Ich vermute, dass unsere Umsätze und der Gewinn der Eigentümer in diesem Jahr deutlich höher ausfallen werden. Die Ausgaben für den Chef haben sich durch die Zah-lung der Löhne als Kurzarbeitergeld aus der arbeitnehmer-finanzierten Arbeitslosenversicherung deutlich reduziert. Es wurden Ende Mai / Anfang Juni sogar drei neue Koll-e-gen eingestellt. Stellenstreichungen waren nie ein Thema.

Es gab also überhaupt keine Grundlage für die Verla-gerung der Lohnkosten auf die Sozialversicherung. Hast du dich bei deinem Chef über die Situation beschwert?

Ich habe mich beschwert. Mir wurde daraufhin fehlen-de Solidarität mit dem Betrieb vorgeworfen, da die einge-sparten Gehälter ja reinvestiert würden.

Wie ist die Stimmung unter den Kollegen?

Die Unzufriedenheit ist groß, weil wir letztendlich aus der von uns bezahlten Arbeitslosenversicherung bezahlt wurden, statt von den Eigentümern. Uns wurde aber ver-boten, miteinander über das Thema zu reden.

Hast du dich damit schon an ver.di gewandt?

Ja, natürlich. Dort wurde ich an die an Private ausgelag-erte Rechtsberatung verwiesen, und die hat mir empfohlen so zu tun, als wüsste ich nicht, dass das Verhalten des Ar-beitgebers nicht in Ordnung ist. Ich habe die Gewerkschaft darum gebeten, mir dabei zu helfen, dass der Arbeitgeber zumindest meine Sozialversicherungsbeiträge und Lohn-steuer korrekt abführt. Das hat man aber nicht tun wollen.

Denkst du in anderen Betrieben könnte eine ähnl-iche Situation entstanden sein wie bei dir?

Das vermute ich, denn weder die Agentur für Arbeit, noch die Sozialversicherungen, noch das Finanzamt führen regelmäßige Überprüfungen durch, die über die Prüfung der durch die Arbeitgeber vorgelegten Unterlagen hinausgehen.

* Name wurde zum Zweck der Unkenntlichmachung der Person geändert

Wer wird hier gerettet?

Lufthansa rückverstaatlichen und unter die Kontrolle der Belegschaft!

Fyn Hansow

Die Lufthansa wurde von der aufziehenden Wirtschaftskrise hart getroffen. Bis zu 90% der Flugzeuge mussten stillgelegt werden und der Börsenwert des Unternehmens ist um beinahe 10 Milliarden Euro gesunken. Es wurde von drohendem Stellenabbau geredet. Am 25.06. wurde auf einer Aktionärsversammlung ein Hilfspaket der Bundesregierung von 9 Milliarden Euro angenommen. Doch wird das den von Kurzarbeit und drohender Kündigung betroffenen Kollegen und Kolleginnen helfen?

Ein „Rettungspaket“ für die Aktionäre, nicht die Beschäftigten!

Im Vorfeld ist vor allem der Name des Anteilseigners Heinz Hermann Thiele durch die Medien gegangen, der seine Zustimmung zu dem Rettungspaket lange hinausgezögert hat.

Dieser Parasit, der seine Chance auf Profit dort sieht, wo die Beschäftigten nur Sorgen um ihre Arbeitsplätze kennen, hat den niedrigen Aktienkurs von Lufthansa genutzt, um seinen Anteil von 5 auf 15% zu steigern und sich einen Platz am Verhandlungstisch zu ergattern. So hat er sichergestellt, dass massive Personaleinsparungen auf dem Plan bleiben und die Bundesregierung ihre Beteiligung an Lufthansa bei 20% belässt und sich nicht ins operative Geschäft einmischt. Und das bei einem Rettungspaket, dessen Summe von 9 Milliarden Euro für einen kompletten Rückkauf ausgereicht hätte!

So viel zum unternehmerischen Risiko, mit dem Spekulanten wie Thiele ihre obszönen Vermögen rechtfertigen. Es ist wie immer: Erst werden einst staatliche Unternehmen wie Lufthansa zu günstigen Konditionen privatisiert, dann werden die Verluste in Krisenzeiten vergesellschaftet und auf die Beschäftigten abgewälzt! Beim nächsten Mal kann die Bundesregierung das Geld direkt an die Aktionäre überweisen!

UFO und Co.: Krumme Absprachen statt eines offensiven Kampfes!

Im Vorfeld haben die Gewerkschaften UFO und ver.di bundesweit zu Kundgebungen unter dem Slogan „Ja zum Rettungspaket“ aufgerufen. Es ist richtig, unser Interesse an dem Erhalt der Arbeitsplätze in der Luftfahrt zu betonen. Aber nicht nur, dass die Gewerkschaftsführungen das Kampfpotenzial der verzweifelten Kollegen geschwächt haben, indem sie vereinzelt mobilisiert haben, anstatt eine



bundesweite Kampagne aller Teilbereiche zu organisieren; sie haben nicht einmal gefragt, um was für ein Rettungspaket in welchem Interesse es sich denn handelt.

Sie sind bei leeren Apellen stehen geblieben, die „Familie Lufthansa“ durch die staatliche Beteiligung zu retten. Als hätten die unzähligen Beschäftigten, die in den Kabinen oder im Catering schufteten, ein gemeinsames Interesse mit der Unternehmensführung! Auch ohne Thiele war in den letzten Jahren klar, was für eine Politik der Lufthansa Vorstand betreibt. Es wurde systematisch outgesourct (wie bei dem Lufthansa Zulieferer LSG) und Tarifverträge untergraben.

Solche Fragen sind für die Gewerkschaftsfunktionäre Tabu. Es gab den Aufruf an die Kollegen, sich nicht „politisch“ zu äußern (also die Politik des Unternehmens zu kritisieren) und in Hamburg wurde auf einer Kundgebung der UFO eine Kollegin am „offenen“ Mikro sogar unterbrochen, als sie die Frage aufwerfen wollte, was denn mit den 9 Milliarden passieren wird nach der Annahme!

Der Grund: Es wurde längst eine Einigung mit Lufthansa erreicht. Vier Jahre soll für das Kabinenpersonal zunächst ein Kündigungsschutz gelten, dafür werden alle Vergütungsanhebungen und die betriebliche Altersvorsorge ausgesetzt. Gleichzeitig kündigt der Lufthansa-Vorstand die Notwendigkeit von „schmerzlichen Personalmaßnahmen“ an! Und das wird dann als Sieg verkauft? Wer so eine Gewerkschaftsführung hat, der braucht keine Bosse mehr.

Thiele, Spohr und Co. enteignen, Lufthansa komplett rückverstaatlichen!

Es ist höchste Zeit, dass die Gewerkschaften in allen Teilbereichen der Lufthansa in die Offensive gehen! Nur ein gemeinsamer Kampf aller Kolleginnen und Kollegen kann die Interessen der Beschäftigten verteidigen: Erhalt jedes Arbeitsplatzes, für die 30-Stunden-Woche und Wiedereingliederung aller ausgegliederten Bereiche!

Weg mit dem „Rettungspaket“ für die Aktionäre! Stattdessen komplette Rückverstaatlichung der Lufthansa und Enteignung aller Großaktionäre! Das gesamte Verkehrswesen gehört in staatliche Hand und unter demokratische Planung!

Wir lassen uns nicht nochmal lumpen: Kontrolle und Verwaltung durch die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst! ■

Tiefe Risse in der „europäischen Einheit“: Jeder für sich, aber immer auf Kosten der Arbeiter!



Miriam Municio - Exekutivkomitee von
Izquierda Revolucionaria
Veröffentlicht auf Spanisch am 30. April

Wird es dieses Mal anders sein?

Wenn die Wirtschaftskrise von 2008 ein Wendepunkt in der Geschichte der EU war und sie an ihre Grenzen brachte, könnte das Debakel von 2020 ihr endgültiges Auseinanderbrechen bedeuten. Nach dem Brexit und angesichts einer tiefen und langanhaltenden Depression werden die zentri-fugalen Kräfte, die nach der Euro-Krise 2014 kaum eingedämmt werden konnten, immer unkontrollierbarer werden.

Schon die letzte Krise hatte enorme politische Auswirkungen. Den Massen wurde vor Augen geführt, wie wenig der europäische Kapitalismus mit der Utopie eines „humanen Kapitalismus“ gemein hat. Die Realität war ein grausamer Sparkurs und in einigen Ländern die rücksichtslose Zerstörung dessen, was von einem Sozialstaat noch übrig war, um die Banken und das Großkapital zu retten.

Ein weiterer Mythos, der völlig entzaubert wurde, war der der politischen Einheit Europas und der „Solidarität“ zwischen den Mitgliedstaaten. Die Einführung des Euro und die darauf folgende Krise eröffneten eine Periode immer heftigerer Konfrontationen zwischen den EU-Nationen.

Die Medien und vor allem die sozialdemokratischen Führer – sowohl die klassischen als auch die der Neuen Linken – bestehen darauf, dass diese Krise „eine Chance zum Neustart der EU“ eröffnet und dass „von nun an alles anders sein könnte“. Sie versuchen uns zu täuschen, aber die Realität ist völlig anders: Diese Krise wird für die meisten Arbeiter ein noch größerer Alptraum sein als der, den wir in der Krise von 2008 erlebt haben. Und die Pläne der europäischen Bourgeoisie mit Deutschland an der Spitze haben sich in keiner Weise geändert: Ihre Priorität ist die Verteidigung der Interessen des Großkapitals, und dabei kämpft jeder für sich alleine – einig sind sie sich nur darin, dass die Arbeiterklasse die Rechnung bezahlen muss.

Die Daten über die Krise lassen keinen Raum für Zweifel. Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, erklärte, dass die Wirtschaft der Eurozone im Jahr 2020 bestenfalls um 9% einbrechen wird, aber auch ein Einbruch bis zu 15% des BIP möglich ist. Darüber hinaus wird der Zusammenbruch die Zugpferde der europäischen Wirtschaft – Deutschland und Frankreich – voll in Mitleidenschaft ziehen. Der IWF prognostiziert ei-

ne Schrumpfung des BIP um 7% in Deutschland und um 7,2% in Frankreich.

Die sozialen Auswirkungen der Krise sind massiv. Die Deutsche Bank weist darauf hin, dass „die Arbeitslosigkeit in der Euro-Zone von 7 auf 15-20% steigen wird“. Nach Angaben der Financial Times beträgt die Gesamtzahl der an ERTE-ähnlichen Prozessen [begrenzte Suspendierung der Arbeitsverhältnisse in Spanien] beteiligten Personen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Spanien und Italien bereits ein Fünftel der arbeitenden Bevölkerung. Frankreich ist Listenführer mit fast 10 Millionen, die sich in dieser Situation befinden, gefolgt von Italien mit etwa 7 Millionen und Deutschland mit etwa 5 Millionen.

Die Schulden steigen an und bereiten den nächsten Einbruch vor

Weit davon entfernt, die Ungleichgewichte der vorangegangenen Krise zu „korrigieren“, haben sich diese weiter verschärft. Die Voraussetzungen für eine neue Schuldenkrise in der Eurozone sind da: Die Gesamtverschuldung der EU, die 2008 bei 60,7% des BIP lag, beträgt heute etwa 80% des BIP und wird bis 2021 wahrscheinlich 120% erreichen. Im Rampenlicht stehen dabei die dritt- und viertgrößten Volkswirtschaften der Eurozone. Ein Bankrott oder Zahlungsaufschub durch Italien oder den spanischen Staat hätte noch größere Folgen als die, die Griechenland Ende 2009 verursacht hat. Italiens Staatsverschuldung liegt bei 134,8%, im Falle Spaniens wird sie im Jahr 2020 100% überschreiten.

Wie im Jahr 2008 wird ein Teil der öffentlichen und privaten Schulden angesichts der Unmöglichkeit der Rückzahlung zu „Schuldenmüll“. Wieder einmal verzeichnen die Risikoprämien der schwächsten Länder wie Italien und Spanien bereits den höchsten Anstieg seit Juni 2016. Goldman Sachs schätzt die Verschuldung der „Unternehmen, die die Anerkennung“ der Rating-Agenturen in Europa verloren haben, auf etwa 150 Milliarden Euro! Massive Verschuldung und Produktionslähmung: das perfekte Rezept für eine neue Finanzkrise.

Die Farce der europäischen Gipfeltreffen

Die Krise hat die Spannungen zwischen den europäischen Bourgeoisien verschärft. Statt einer „gemeinsamen Antwort“ und einer rationalen Nutzung des gesamten technologischen und industriellen Potenzials Europas zur Bekämpfung des Coronavirus erleben wir einen Krieg auf Leben und Tod zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten um den Kauf medizinischer Geräte und echte kommerzielle Sabotage. Während die deutsche Regierung den Export lebenswichtiger medizinischer Produkte nach Italien verbot, tat die französische Regierung dasselbe in Bezug auf den Versand von Masken nach Spanien und Italien. Ein beschämendes Schauspiel, das stattfindet, während es zugleich mehr als 100.000 offiziell anerkannte Todesfälle auf dem Kontinent gibt, und das die Fäulnis des europäischen Kapitalismus widerspiegelt.

Diese Ereignisse waren in den Augen aller so schockierend – zum Beispiel glauben 72% der Italiener, dass die EU nichts zu ihrer Hilfe getan hat – dass die Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, darauf hinweisen

musste, dass es richtig wäre, wenn Europa Italien eine aufrichtige Entschuldigung anbietet. Angesichts der gesundheitlichen Katastrophe musste sich Italien China zuwenden, das sich dem von den anderen imperialistischen Mächten hinterlassenen Vakuum gerne annimmt. Presseberichten zufolge hat China bis zum 15. April den europäischen Regierungen fast 4 Milliarden Masken, 38 Millionen Schutzzanzüge, 2,4 Millionen Infrarot-Thermometer und 16.000 Atemschutzmasken zur Verfügung gestellt.

Auf wirtschaftlicher Ebene wird viel darüber geredet, dass die EU „außergewöhnliche Maßnahmen zur Bewältigung von Ausnahmesituation“ ergreifen müsse, aber auch dies ist wieder nur Propaganda. Die EZB gab im März grünes Licht für eine Tranche von 750 Milliarden Euro zum Ankauf von Staatsschulden. Sie versuchen, einen Anstieg und eine unkontrollierte Dynamik bei den Kosten der Verschuldung zu vermeiden, aber das ist nicht sehr erfolgreich. Die EZB unternimmt nun einen weiteren Schritt und akzeptiert in ihrem Schuldenkaufprogramm „Schrottanleihen“ bis September 2021. Aber diese Maßnahmen lösen das zugrundeliegende Problem nicht, sie vertuschen es nur, wodurch sich seine künftigen Folgen noch verschärfen.

Für ein sozialistisches Europa

Seit der Krise von 2008 haben die zentrifugalen Tendenzen in der EU immer weiter zugenommen, und sie werden weiter angeheizt werden – der Fall des Brexit ist dafür das beste Beispiel. Das Vertrauen der Menschen, dass ihr Leben und ihre Zukunft innerhalb der EU besser sein wird als ohne sie, ist zerbrochen.

Auf der anderen Seite haben sich die Bourgeoisien in allen europäischen Ländern fast einstimmig dafür entschieden, ihre Propaganda auf den patriotischen Nationalismus als Gegengift für sozialen Protest und Klassenkampf zu konzentrieren. Es ist die herrschende Klasse, die die Reaktion nährt und ihr Platz macht. Das Einzige, was die Ultras tun, ist, offen alles zu verteidigen, was die „demokratische Bourgeoisie“ und sozialdemokratische Führer aller Couleur verdrückt sagen.

In den letzten zehn Jahren gab es in Europa riesige Streik- und Protestbewegungen, revolutionäre Krisen wie in Griechenland, die in den schweren Verrat Syrizas führten, Arbeiterkämpfe wie in Frankreich, die das Land monatelang lahmgelegt haben und eine Reihe großer Massenbewegungen. Wir haben das Entstehen neuer Parteien der reformistischen Linken erlebt, die bei ihrem Versuch, den Kapitalismus zu reformieren, gescheitert sind, während in vielen Staaten autoritäre und bonapartistische Tendenzen zunehmen und die extreme Rechte in einem Panorama wachsender sozialer und politischer Polarisierung voranschreitet.

Das Bild ähnelt mehr und mehr dem der 1930er Jahre: Der Klassenkampf wird sich weiter intensivieren, und der einzige Weg, die Barbarei dieses Systems zu beenden, ist mehr denn je der Kampf der Arbeiter und die Schaffung einer revolutionären Alternative. Früher oder später wird die europäische Arbeiterklasse in den Kampf eintreten und an vorderster Front stehen. Die Aufgabe, eine revolutionäre Linke aufzubauen, wird der Schlüssel zum Sieg sein und den Weg für die Sozialistische Föderation Europas und der Welt eröffnen. ■

Vincent Schwarz

2021 stehen sechs Landtagswahlen und die Bundestagswahl an. Nach einer Phase des „nationalen Zusammenhalts“, um Coronapandemie und Wirtschaftskrise gemeinsam zu begegnen, werden die Parteien nach der Sommerpause bald wieder in den Wahlkampfmodus schalten. Umso mehr, da die ökonomischen und sozialen Folgen der Maßnahmen in den kommenden Monaten immer deutlicher zu Tage treten werden, die Straßen sich bereits wieder mit Hunderttausenden Demonstranten füllen und das aus dem Schock geborene blinde Vertrauen in die Regierung wieder zu schwinden beginnt.

Durchaus ein Anlass, sich strategisch zu positionieren. Die Parteispitze der LINKEN (Kipping, Riexinger, Schindler, Wolf) hat das im Mai mit einem längeren Strategiepapier getan. Man wirbt für breite „progressive“ Bündnisse und „Mehrheiten links der Union“, wobei SPD und Grüne ausdrücklich als potenzielle Partner im Kampf für einen „sozialökologischen Systemwechsel“ angesehen werden. Die Partei soll diesmal ganz auf Rot-Rot-Grün im Bund setzen.

Diese Strategie trifft parteiintern auf immer weniger Widerstand. Bodo Ramelow ist, obwohl oder gerade weil er inhaltlich weit rechts vom Parteiprogramm steht, über alte



Lagergrenzen hinweg der neue Shootingstar der Partei. Der Flügel um Sahra Wagenknecht kooperiert eng mit der Parteirechten, während für etliche Vertreter der „Bewegungslinken“, die sich als neue Parteilinke versteht, die Ablehnung von Regierungsbeteiligungen längst kein schlagendes Kriterium mehr ist. Um antikapitalistische, gar revolutionäre, also konsequent linke Positionen stand es noch nie so schlecht in der LINKEN.

Nicht unser Staat!

Der für die politische Praxis wohl wichtigste Unterschied zwischen Marxisten auf der einen und Linksliberalen und Sozialdemokraten auf der anderen Seite, ist das Verständnis davon, was der bürgerliche Staat (und mit ihm seine Regierung) eigentlich ist.

Linksliberale und Sozialdemokraten glauben, dass der bürgerliche Staat eine neutrale Instanz ist, die von den gerade regierenden Parteien relativ beliebig für ihre jeweiligen Ziele genutzt werden kann. Marxisten wissen, dass dies nur zutrifft, solange diese Ziele nicht mit den herrschenden

Katja Kipping und Sie dachten, dabei wollten



Ihre Gründung weckte europaweit Hoffnungen bei Kommunistinnen

Eigentumsverhältnissen in Konflikt geraten, die den Staat erst notwendig gemacht haben und auf deren Erhaltung er folgerichtig ausgerichtet ist.

Der Staat entsteht als direkte Folge aus der Herausbildung von Klassen mit gegensätzlichen und unversöhnlichen Klasseninteressen. Er wird notwendig als regulierende Macht, die scheinbar außerhalb der Klassen und über ihnen steht, damit diese koexistieren können. Er lässt Klassenkonflikte zu, gibt ihnen aber einen gesetzlichen Rahmen, der die Aufhebung der Klassen überhaupt ausschließt. Er ist somit immer ein Instrument der herrschenden Klasse zur Sicherung ihrer Herrschaft, unabhängig davon, wie repressiv oder integrativ diese Herrschaft im konkreten Fall ausgeübt wird. Diesem Zweck dienen auch seine Apparate – Justiz, Polizei, Geheimdienste, Schulen, usw. Sie sind dafür gebaut, die Grundlage bürgerlicher Herrschaft zu sichern: das Privateigentum an Produktionsmitteln.

Diese Staatsmaschine kann nicht einfach durch einen Regierungswechsel zweckentfremdet werden, um das Gegenteil dessen zu tun, wofür sie gebaut wurde. Die Arbeiterklasse muss sie zerschlagen und an ihre Stelle eine neue Staatsmaschine setzen, die das Gemeineigentum an Produktionsmitteln verteidigt, in der Beamte keine von der Bevöl-

Bernd Riexinger auf Regierungskurs: sie wollten an die Macht, sie nur an die Regierung.



und Kommunisten: die Rifondazione Communista

kerung losgelösten Eigeninteressen entwickeln können, weil sie dieser rechenschaftspflichtig und jederzeit wähl- und abwählbar sind. Eine Maschine, die nur so lange fortexistiert, wie sie den Interessen der Arbeiterklasse nützt.

DIE LINKE auf Abwegen

Zurück zur Ausgangsfrage. Was bedeutet die Beteiligung einer linken Partei an einer bürgerlichen Regierung? Sie bedeutet die Beteiligung an der Führung des bürgerlichen Staates. Das beinhaltet die Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in begrenztem Maße zu verbessern, aber gleichzeitig auch den Zwang, diese Verbesserungen zu beschränken und im Zweifel den Status quo gewaltsam gegen sie zu verteidigen. Dies gilt umso mehr in Koalitionen mit so offen prokapitalistischen Parteien wie SPD und Grünen. Nicht umsonst koalieren diese lieber mit der CDU als mit der LINKEN.

Wo DIE LINKE mitregiert, trägt sie bereits Sparpolitik, Privatisierungen, Abschiebungen und den Ausbau des staatlichen Repressionsapparats mit. Sollte es tatsächlich zu Rot-Rot-Grün im Bund kommen, müsste sie außerdem Auslandseinsätze der Bundeswehr mittragen und sich zu

NATO und EU bekennen. Sie würde endgültig zu nichts weiter als dem linken Flügel des deutschen Imperialismus verkommen. Sie würde sich einreihen in eine lange Reihe linker Parteien, die die Bewegungen, die sie zu vertreten behaupteten, maßlos enttäuscht und verraten haben, sobald sie in eine bürgerliche Regierung eintraten, und damit im Klassenkampf die Seiten wechselten.

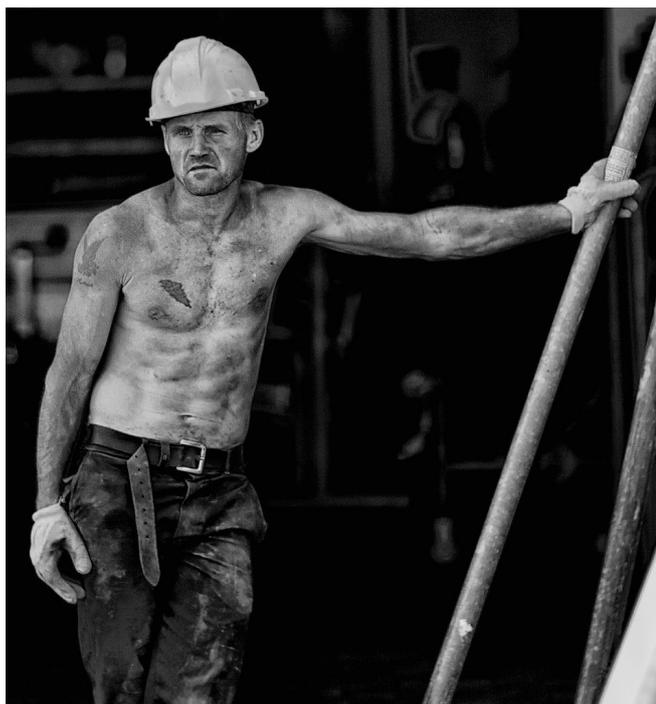
Das Beispiel der Rifondazione Comunista

Ein anschauliches Beispiel ist die italienische Rifondazione Comunista, die von 2006-2008 Teil der Mitte-Links-Regierung unter Führung der Demokratischen Partei war. In dieser Funktion war sie Teil der Politik des Sozialabbaus, der „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes und der Privatisierungen in Italien. Seit 1992 fester Bestandteil des Parlaments, wurde sie für diese Politik 2008 so hart abgestraft, dass sie selbst im Bündnis mit 3 anderen Linksparteien die 4%-Hürde nicht erreichte und seitdem in der Bedeutungslosigkeit verschwunden ist.

In anderen Fällen sind ehemals als fortschrittlich geltende Parteien in der Regierung zu gewöhnlichen bürgerlichen Parteien geworden. Diesen Prozess hat z.B. Syriza in Griechenland durchlaufen und durchläuft aktuell Podemos im Spanischen Staat. Auch in Deutschland hat Rot-Grün als erste vorgeblich „linke“ Regierung zum ersten Mal Bundeswehrsoldaten in den Krieg geschickt und den härtesten Angriff auf die Arbeiterklasse seit dem Faschismus geführt. Diese Parteien sind im Kampf um die Befreiung des Menschen von Ausbeutung nicht nur nutzlos geworden, sondern aktiv hinderlich.

Wir brauchen eine revolutionäre, marxistische Arbeiterpartei!

Mit der LINKEN sei kein Staat zu machen, sagen sie. Anstatt ihnen selbstbewusst zu entgegnen „Nein, mit uns ist kein bürgerlicher Staat zu machen! Ist mich euch ein Arbeiterstaat zu machen?“, übt sich die Parteispitze in vorseilendem Gehorsam, verteidigt den Parlamentarismus, die Polizei und Milliardengeschenke für Konzerne, obwohl sie noch nicht einmal in der Regierung ist. Die Führung der LINKEN ist bereit, eine kämpferische linke Alternative für ein paar Regierungsposten zu opfern. Das zeigt die Dominanz angepasster Elemente in der LINKEN wie in anderen „neuen linken Formationen“ und die Notwendigkeit einer echten sozialistischen Arbeiterpartei. Eine solche Partei aufzubauen, ist heute mehr denn je die erste und wichtigste Aufgabe von Marxisten. ■



Nadja Habibi

Zurzeit diskutieren wir viel über Rassismus: darüber, dass es ihn gibt – nicht nur in den USA sondern auch in Deutschland – und darüber, wie man ihn bekämpfen kann. Tägliche Abschiebungen, der rassistische Anschlag von Hanau, die NSU-Morde und der Verfassungsschutz, der die NSU-Akten schreddert und unter Verschluss hält, sind Alltag in Deutschland. Was wir aber auch sehen, sind riesige Wellen der Solidarität, große Proteste und die Jugend in der ersten Reihe dieser Kämpfe.

Wir als Marxisten sehen unsere Aufgabe darin, die berechtigte Wut zu kanalisieren und ihr eine Richtung zu geben, sodass Rassismus endgültig abgeschafft werden kann. Dafür wollen wir uns zunächst die Entstehungsgeschichte des Rassismus ansehen.

Die Entstehung des Rassismus

Da Rassismus heute allgemein verbreitet ist, denken viele, dass eine vermeintliche „Fremdenfeindlichkeit“ natürlich sei, dabei liegt nichts ferner. Es sind Grabmalereien aus dem alten Ägypten zu finden, die Menschen mit verschiedenen Hautfarben nebeneinander zeigen, Persönlichkeiten der römischen Geschichte stammten häufig aus Nordafrika, mindestens ein Kaiser – die Hautfarbe wird in keinem Text erwähnt. Ebenso in holländischen Malereien des frühen 16. Jahrhunderts, zum Beispiel in dem Gemälde „Moses Ehefrau als Schwarze dargestellt“ von Jakob Jordaens, in dem Moses Ehefrau als Schwarze dargestellt wird.

Rassismus ist weder naturgegeben, noch immerwährend, sondern hat seine Grundlage in bestimmten historischen, materiellen Verhältnissen und kann mit diesen auch abgeschafft werden. Er kam auch nicht von heute auf morgen als fertige Ideologie auf, sondern entwickelte sich im Laufe von drei Jahrhunderten.

Die antike Sklaverei wurde zunächst durch römische und griechische Schriften ideologisch untermauert, in de-

Rassismus Kapita

nen die Versklavung von in „gerechten Kriegen“ Gefangenen legitimiert wurde. Als aber der atlantische Sklavenhandel Mitte des 18. Jahrhunderts ein solches Ausmaß erreicht hatte, dass die Behauptung, dass diese Sklaven alle aus „gerechten Kriegen“ stammten, unglaubwürdig wurde, musste eine neue Begründung her. Kleinere Farmer waren zunehmend verärgert, weil sie unterboten wurden von Sklavenbesitzern, die das beste Land nutzten und durch Sklavenarbeit effektiver bewirtschaften konnten. Jedoch fanden in Häfen wie London einige entlaufene Sklaven Zuflucht in Armenvierteln, weshalb die Sklavenbesitzer und -händler eine Möglichkeit finden mussten, um unter Weißen Angst und Misstrauen vor Sklaven zu schüren. Daraufhin entstanden verschiedene Begründungen für Sklaverei: bestimmte rechtfertigende Bibelstellen, „wissenschaftliche“ Argumente, wonach Afrikaner „wilde Untermenschen“ seien, etc.

Die Kolonialmächte Portugal, Holland und England begannen gegen 1600 mit dem kommerziellen Anbau von Zucker und Tabak. Dafür wurden massenhaft Arbeitskräfte benötigt, die sich zunächst mehrheitlich aus Schuldknechten zusammensetzten. Diese waren arme Arbeiter aus Europa, die sich für die freie Überfahrt einige Jahre dazu verpflichteten, auf den Plantagen ohne Lohn zu arbeiten. Einige von ihnen waren Kriegsgefangene, andere waren Straftäter oder Opfer von Entführungen. Schuldknechte und Sklaven wurden mehr oder weniger gleich behandelt, arbeiteten gemeinsam, knüpften Kontakte untereinander, leisteten sich Beistand bei der Flucht und leisteten gemeinsamen Widerstand – zum Beispiel während der Rebellion unter Nathaniel Bacon 1676. Die Plantagenbesitzer ergriffen deshalb Maßnahmen zur Spaltung der beiden Gruppen. Darunter sind verschiedene Gesetze des Parlaments in Virginia zu fassen, so eines aus 1680, das dreißig Peitschenhiebe anordnete falls ein Sklave „es wagt seine Hand gegen einen Christen zu erheben“ oder eines, wonach Weiße, die einen Schwarzen heirateten, aus der Kolonie zu verbannen waren. Die Plantagenbesitzer erkannten, dass Weiße und Schwarze enge Kontakte miteinander knüpfen konnten und die Kolonialbehörden versuchen dies zu verhindern, indem sie den Sklavenbesitzern Macht über Leben und Tod verliehen und Rassismus schürten. Rassismus ist also eine Folge der späten Sklaverei – nicht umgekehrt.

Der Migrant als Sündenbock für soziale Probleme

Die Strategie, verschiedene Teile der Bevölkerung ge-

und lismus

geneinander aufzuhetzen, damit sie nicht gemeinsam gegen ihren eigentlichen Feind kämpfen und sich so aus ihrer Unterdrückung befreien (auch bekannt als Teile und Herrsche-Politik), ist also schon alt und tief verwurzelt in der Ideologie kapitalistischen Klassengesellschaft, die heute von BILD, Focus und wie sie alle heißen verbreitet wird. Diese Politik wird genutzt, um vom eigentlichen Feind abzulenken, Kriege und Abschiebepolitik zu legitimieren oder Lohndrückerei zu organisieren.

Erzählungen wie „der Migrant nimmt dir deinen Arbeitsplatz weg“ oder „durch Migration wirst du aus deiner Wohnung und Gegend verdrängt“ sind Lügen, die uns die herrschende Klasse versucht zu verkaufen und jene, die es glauben, schneiden sich damit nur selbst ins eigene Fleisch. Denn das, was höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung und bezahlbaren Wohnraum schafft, ist der gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, etc.

Daneben hat der Rassismus für die herrschende Klasse direkten wirtschaftlichen Nutzen: ausländische Saisonarbeiter können (wie im bekanntgewordenen Fall der Spargelstecher von Bornheim) zu deutlich niedrigeren Kosten in elenden Verhältnissen untergebracht oder Flüchtlinge unter

ständiger Androhung einer Abschiebung für Hungerlöhne beschäftigt werden. Deshalb gilt das Asylrecht im Kapitalismus vor allem dann, wenn für das Kapital Profit aus der Migration von Niedriglöhnern schlagen kann.

Deshalb drängen wir Rassismus überall dort zurück, wo wir auf ihn treffen, weil er uns schadet und davon ablenkt, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern verlaufen, sondern zwischen oben und unten. Wir haben gemeinsame Interessen als Arbeiterinnen und Arbeiter, die gegensätzlich zu denen der wahren Verantwortlichen für Rassismus und Spaltung stehen: die bürgerlichen, etablierten Parteien a la CDU, SPD, AfD und Grüne. Trotzdem zeigt sich natürlich auch, dass der Rassismus als Ideologie nicht nur nach Kalkül angewandt wird, sondern sich auch verselbständigen kann: Ein Faschist kann selber zutiefst überzeugt von den eigenen rassistischen Vorstellungen sein und genauso mag es Teile der herrschenden Klasse geben, die „toleranter“ als andere sind.

Dennoch: Die Regierenden, Herrschenden und die hinter ihnen stehenden Bosse von Banken und Konzernen sind schuld an Armut, Wohnungsnot, usw. und unsere Interessen durchsetzen werden wir nur, wenn wir es von unten erkämpfen.

Gemeinsam gegen Rassismus und Sozialabbau aktiv werden

Während die AfD hetzt, setzt der restliche kapitalistische Einheitsbrei Asylrechtsverschärfungen, Hartz 4 und Sozialabbau durch und entzieht uns damit immer weiter die Lebensgrundlage. Diese unsoziale Politik ist die Saat auf dem Boden, auf dem Rassismus wächst. Deshalb können wir Rassismus nur mit einem sozialistischen Programm begegnen und nicht auf die etablierten Parteien als Bündnispartner zählen. Dauerhaft und endgültig Rassismus abschaffen können wir aber nur, wenn wir ihn an der Wurzel packen: dem kapitalistischen System, das uns spaltet. ■



Ob hier geboren oder nicht, ob schwarz oder weiß: dieselbe Arbeiterklasse!



Geeint kämpfen - geeint gewinnen

Kampfprogramm gegen Rassismus, Ausbeutung und Polizeigewalt

Nach der Ermordung von George Floyd übertrumpfen sich deutsche Politiker darin, zu beteuern, dass „unsere Polizei“ und „unser Staat“ mit Rassismus nichts zu tun hätten.

Doch wenn man nur ein bisschen kratzt, dann blättert der Lack: Der Tod von Oury Jalloh – einem in Deutschland lebenden Sierra Leoner, der 2005 in einer Dessauer Polizeizelle verbrannte: bis heute unaufgeklärt. Die Ermittlungen zum Fall Maximilian T., der verstrickt war in das rechtsextreme Hannibal-Netzwerk der Bundeswehr und bis heute über eine Anstellung bei der AfD-Fraktion freien Zutritt in den Bundestag genießt: eingestellt. Und auch im Untersuchungsausschuss über die wahren Hintergründe der NSU-Morde, die Verstrickungen des Verfassungsschutzes und die unzähligen „natürlichen Tode“ der NSU-Zeugen fehlt bis heute jede Aufklärung.

Der Kapitalismus bringt Rassismus hervor wie die Wolke den Regen. Nur gemeinsam können wir soziale Verbesserungen erreichen und Fluchtursachen wie Ausbeutung und Krieg beenden. Der Rassismus macht uns schwach – Solidarität stärkt uns.

Wohnraum, Arbeit & Soziales

- Mindestlohn von 14 Euro ohne Ausnahmen. Schluss mit Kurz- und Zeitarbeit. Arbeit für Alle und Einführung einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Geschlossene Verteidigung gegen jede geplante Entlassung und Lohnkürzungsmaßnahme. Für kämpferische Gewerkschaften!

- Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer vollständig staatlichen Mindestrente von 750 € plus Warmmiete.

- Bundesweites Bauprogramm von Gesundheitszentren und Schulen in allen Orten und Stadtteilen. Sofortprogramm zum Neubau und die günstige Vermietung von 250.000 Wohnungen, voll in staatlicher Hand. Leerstand und große Immobilienkonzerne entschädigungslos enteignen.

- Geeinter Kampf für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau deindustrialisierter Gebiete insbesondere in Ostdeutschland.

Institutionen & Polizei

- Demokratische Kontrolle der Gewerkschaften, Nachbarschaften und sozialer Akteure über den Polizeiapparat
- Demilitarisierung und Kennzeichnungspflicht der Polizeikräfte
- Säuberung der staatlichen Behörden von ihren reaktionärsten Elementen und deren beispielhafte Bestrafung. Lückenlose und demokratisch kontrollierte Aufklärung des Mordes an Oury Jalloh, der NSU- und Zeugenmorde, rechter Netzwerke in Polizei und Bundeswehr und des Falls Anis Amri. Verfassungsschutz auflösen!

Migration

- Voller und staatlich ausfinanzierter Zugang zu Wohnraum, Arbeit, Gesundheitswesen und Bildung für Alle!
- Keinen Lohndruck durch eingeschränkte Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis: Arbeits- und Bleiberecht für Alle! Aufnahme aller Arbeitskräfte in Deutschland im DGB. Gleiches Wahlrecht für Alle!
- Frontex abschaffen, Außengrenzzäune einreißen!

Ausbeutung & Krieg

- Sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr! Deutschland raus aus der NATO!
- Rüstungskonzerne enteignen und Waffenproduktion auf zivile Produktion unter demokratischer Kontrolle der Belegschaften, des Staates und der Gewerkschaften umstellen. Exportkontrollen durch demokratische Komitees der Belegschaften und Gewerkschaft.
- Schluss mit der wirtschaftlichen Ausbeutung anderer Länder: Nein zur Privatisierungs- und Kürzungspolitik von EU, IWF und Weltbank!

Finanzierung

- 25-prozentige Zwangsabgabe für alle Milliardäre zur Finanzierung aller nötigen Kosten.
- Drastische Steuererhöhungen auf Unternehmensprofite und Erbschaften. Spekulationsgewinne enteignen. Freiwerdende Ressourcen zur Ausfinanzierung aller notwendigen Sozialprogramme nutzen!
- Überführung der Banken und Konzerne der Schlüsselindustrien in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung.

Widerstand 2020 und Hygienedemos: Diese Ausbeuter, die für Freiheit demonstrieren!

Katharina Doll

Pandemiebekämpfung der Bosse: Corona bedroht Arbeiter und Arme – Sie kürzen unten und schenken den Bossen Milliarden!

Covid 19 und der wirtschaftliche Abschwung haben die Widersprüche des kapitalistischen Systems zum Vorschein gebracht. Weltweit haben Arbeiter und Arme mit ihrer Gesundheit den Preis für Jahrzehnte der Privatisierungen und finanziellen Ausblutung des Gesundheitswesens bezahlt. In Deutschland ist es nicht anders: um die in die Knie gesparten Krankenhäuser nicht zu überlasten, aber die Profitmacherei in den Konzernen nicht zu beeinträchtigen, hat sich die deutsche Regierung entschieden die „Kurve abzuflachen“ und damit die Durchseuchung zeitlich zu strecken, statt durch einen konsequenten Lockdown in allen Bereichen das Virus auszurotten. Etliche Betriebe wurden erst heruntergefahren, als auch die Just-in-time-Belieferung aus dem Ausland ausfiel. So gab es in Deutschland mit mehr als 9.000 Fällen deutlich mehr Coronatote als in China. All das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Politik, deren höchstes Ziel es ist, paradiesische Profite für Bosse auf dem Rücken der Arbeitenden und Armen zu garantieren.

Ultraliberale demonstrieren für Lockerungen und „die Verfassung“

Von einer so marktliberalen Politik haben auch viele derjenigen profitiert, die unter der Fahne von „Widerstand 2020“ und „Querdenken“ auf die Straße gehen. Etliche Initiatoren der „Mitmach-Partei“ und von „Querdenken 711“ sind Selbstständige und Unternehmer, darunter der Stuttgarter Querdenken711-Gründer Michael Ballweg oder der Überlinger Unternehmer Jens Meyer von der Industriervertretung Meyer und Stiene OHG. Wir haben es mit den Hygienedemos in Deutschland nicht mit einer homogenen rassistischen oder faschistischen Bewegung zu tun – wohl aber mit einer Bewegung im Interesse eines reaktionären und ultraliberalen Sektors deutscher Kleinunternehmer, die von Demokratie reden, aber eigentlich für die weitere Liberalisierung der Gesundheitsvorschriften am Arbeitsplatz kämpfen.

„Widerstand 2020“: Chefs und ihre Freunde

Diejenigen, die nun die Verfassung gegen die „Faschisierungstendenzen“ der Merkelregierung zu Felde führen, sind alles andere als Feinde einer Politik der „nationalen Einheit“ im Interesse der Bosse, die das Handeln der Bundesregierung und das rigide Auftreten der Medien in den letzten Monaten ausgezeichnet hat.

Diese „Opposition“ sind die Straßentrupps der liberalsten Kapitalfraktion, fordert einen noch arbeiterfeindlicheren Umgang mit der Coronapandemie und versteht das als „demokratischen Widerstand“, für den sie „das Volk“ mobilisieren will. Sie sind auf der Straße, weil sie über sich und ihren selbständigen Kleinstexistenzen den Druck des Großkapitals spüren, verzehnfacht durch den Lockdown. Doch die Lebensbedingungen der Millionen Lohnarbeiter unter ihnen und ihr sozialer Kampf sind ihnen fremd – und so fliehen sie sich in Verschwörungstheorien, Populismus und Esoterik. Warum sonst behaupten die „Protestierenden“, sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten von Homeschooling und Kitaschließung zu richten – haben aber keinerlei Forderungen nach sozialen Verbesserungen für Schüler, verarmte Familien und Arbeiter? Warum sonst haben diese „Demokraten“ sich nicht für einen 1. Mai der Gewerkschaften und Linken eingesetzt, wenn sie doch für unsere sozialen Belange und Versammlungsfreiheit eintreten?

Für ein unabhängiges Kampfprogramm der Arbeiterklasse! Enteignet die Ausbeuter! Ja zu Verstaatlichungen der Banken und Konzerne – Ja zu Sozialismus!

Der Verfall der kapitalistischen Gesellschaft und die Desinformation und Verwirrung der bürgerlichen Medien sind der Nährboden, auf dem sich irrationale und esoterische Phänomene wie Widerstand 2020 breitmachen. Der ideologische Krieg, den die Medien im Interesse der herrschenden Klasse führen, und dass kaum mehr Gegenstimmen zum Einheitsbrei der regierenden Eliten in Medien und Politik geduldet werden, schafft ein Vakuum für ihre Agitatoren, solange er nicht von einer kämpfenden Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beantwortet wird.

Was wir brauchen, ist ein entschlossener Kampf der organisierten Arbeiterklasse um kämpferische Gewerkschaften auf der Straße und im Betrieb, um die Kontrolle über die wichtigsten Sektoren von Finanz und Wirtschaft und die Enteignung der Verbrecher, die heute das alleinige Sagen über den Wirtschaftssektor haben und für die Millionen und Abermillionen Toten, für jeden verlorenen Arbeitsplatz, Betriebsschließungen und Privatisierungen auf unseren Kosten verantwortlich sind!

Das Gegenteil von Monopolisierung und der Diktatur des Finanzkapitals ist für uns kein deutscher Kapitalismus; kein „naturwüchsiger“ Kapitalismus der deutschen Kleinunternehmer – wir wollen ein Ende dieses korrupten Systems, das einmal mehr auf dem ganzen Planeten Millionen Opfer fordert!

Diese Fassung des Artikels ist deutlich gekürzt - das Original ist auf offensiv.net einsehbar.



Bauernproteste in Deutschland

Bauern in Schleswig-Holstein stellen die Fahne der Landvolkbewegung nach.

Rasmus Schad

Die Zeiten sind nicht einfach für die Bauern in Deutschland. Im Milliardenbusiness der Nahrungsmittelwirtschaft sitzen sie oft genug am kürzeren Hebel als die großen Verarbeiter, wie Nestlé, Cargill oder Dr. Oetker oder die Supermarktketten, die für viele Produkte die Preise diktieren können.

Nicht zuletzt die sinkende Anzahl an Unternehmen, die in Deutschland Landwirtschaft betreiben, bringen den Sektor immer wieder in die Medien und Bauern auf die Straße. Insbesondere gegen das Agrarpaket der Bundesregierung gab es im letzten Herbst große Treckerdemos in fast allen großen Städten. Vor allem die kleinen Einschränkungen der weitverbreiteten Überdüngung mit Gülle und des Einsatzes verschiedener Pflanzenschutzmittel, die in dem Gesetzespaket enthalten waren, waren der konkrete Anlass für die Proteste, in denen sich offensichtlich aber viel lange angestauter Unmut entladen hatte. Betrachtet man die Organisatoren der Proteste, insbesondere der Initiative „Land schafft Verbindung“, fällt schnell auf, dass einige unter ihnen kaum an den Rand gedrängte Kleinbauern sind, die am Hungertuch nagen. Der Familienbetrieb von Dirk Andresen etwa, einem der bekannteren Sprecher, erhielt EU-Subventionen für 1325 Hektar, eine Fläche, deren Gegenwert nach den Durchschnittspreisen für Ackerland in Mecklenburg-Vorpommern, mehr als 25 Millionen Euro wären.

Wie in jede andere Branche ist auch der Agrarsektor fest in das kapitalistische Wirtschaftssystem integriert und der Tendenz zur Bildung immer größerer Betriebe unterworfen. Diese Tendenz verschärft sich mit jedem Innovationsschub, der große Produktivitätssteigerungen ermöglicht, zumindest für die Betriebe, die ausreichend Kapital für die Investitionen bereit hatten. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnten so die Bauern, die sich Traktoren und andere Maschinen für die Bestellung größerer Felder leisten konnten, die kleineren Höfe schlucken, deren Betriebe gegen die Preise der motorisierten Konkurrenz nicht konkurrieren konnten. Dieselbe Dynamik schlug auch in den letzten drei Jahrzehnten zu, in denen sich die Computertechnik mehr und mehr in der scheinbaren ländlichen Idylle breitgemacht hat.

Obwohl sich seit 1990 die Produktivität in der Landwirt-

schaft in etwa verdoppelt hat, sind es natürlich nicht die einfachen Mitarbeiter, die in den Genuss von Lohnsteigerungen kommen. Insbesondere arbeitsintensive Schritte, wie die Ernte von Beeren oder Spargelstechen sind längst mit katastrophalen Löhnen und Arbeitsbedingungen an osteuropäische Saisonarbeiter vergeben.

Während insbesondere viele Stadtbewohner dieser Wirtschaftsweise ihre idealisierte Vorstellung von bäuerlicher Landwirtschaft in der „guten, alten Zeit“ entgegenhalten, muss man als Sozialist zweifellos anerkennen, dass der technologische Fortschritt in der Landwirtschaft unzählige Menschen vom Schicksal als verarmte Kleinbauern, die kaum genug für sich selbst erwirtschaften konnten, erlöst hat. Allerdings führt dieser fortschreitende Prozess dazu, dass auch die Unternehmen, die gestern noch kleinere geschluckt haben heute selbst gefährdet sind.

Die prekäre Situation dieser „mittelständischen“ oder kleinen Unternehmen, immer bedrängt von der Großindustrie und der Angst vor dem Verlust der eigenen Produktionsmittel scheint oft genug ein reaktionäres Gesellschaftsbild zu forcieren. Zuletzt wurde dies bei einer Aktion offensichtlich, bei dem hunderte Landwirte das Symbol der Landvolkbewegung, einer antisemitischen rechten Bewegung aus den Zwanzigern mit ihren Treckern in Nordfriesland nachstellten.

Ernährungsautarkie und der Erhalt von Kulturlandschaften sind mit Sicherheit im Interesse der Gesamtgesellschaft. Die Forderungen von „Land schafft Verbindung“ und co. sollen allerdings nur sicher stellen, dass private Betriebe weiterhin auf Kosten von Allgemeingütern, wie etwa sauberem, nitratfreiem Grundwasser Profit machen dürfen. Sie fordern auch in Ausnahmesituationen wie der Coronakrise osteuropäische Arbeiter und Arbeiterinnen als Niedrigstlöhner ausbeuten zu dürfen, nicht aus individueller Gier, sondern weil sie den Gesetzen des Marktes folgen müssen. Eine Nahrungsmittelindustrie, die für jeden von uns eine gesunde, bezahlbare Ernährung und den Erhalt einer intakten Umwelt ermöglicht, ist in diesem System undenkbar. Weder internationale Agrarmultis noch die romantische Illusionen von regionalen Kleinstbauern können den Bedürfnissen einer wachsenden Weltbevölkerung gerecht werden. Statt dessen brauchen wir Produktion, die nach unseren Bedürfnissen geplant und demokratisch kontrolliert wird! ■

Immer mehr Kollegen fragen sich deshalb, was eine Gewerkschaft, die keine Kämpfe führt, mehr ist als eine Rechtsschutzversicherung. Dementsprechend befinden sich auch die Mitgliederzahlen von ver.di im Sinkflug: waren es 2001 noch mehr als 2,8 Millionen Kollegen, lag die Mitgliederzahl von ver.di 2019 bei 1.955.080.

Doch nichts und niemand könnte kämpferische Gewerkschaften ersetzen: Nur sie hätten das Potenzial, Spaltung zu überwinden und Hunderttausende in einen geeinten Kampf zu ziehen. Doch Gewerkschaften, die einen entschlossenen Kampf führen, erreichen wir nur durch einen aktiven Kampf: für mehr Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung der Kollegen und vor allem Mitsprache beim Beschluss von Forderungen und Abschlüssen. Nur auf diesem Weg können wir das Potenzial von Massengewerkschaften ausschöpfen und offensiv kämpfen.

Die Probleme sind die gleichen – der Kampf muss der gleiche sein!

Millionen von uns teilen die gleichen Probleme: ein kaputtgespartes Gesundheitssystem, Kurzarbeit und Deregulierungen, Entlassungen und Klassenkampf von oben. Maximale Kampfkraft für unsere Interessen gewinnen wir, wenn die Gewerkschaften die tariflichen Auseinandersetzungen für einen gemeinsamen politischen Kampf nutzen. Die gegenseitige Solidarität über Branchen und Bevölkerungsgruppen hinweg muss verstärkt und in gemeinsamen Widerstand gegossen werden.

Nur so können wir der Offensive der Bosse den Kampf ansagen und unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen von Grund an verändern.

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg und für die Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft. All das können wir nicht durch ein paar Ministerposten erreichen, sondern nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft. Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch“, weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur Wenige haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert wird. Unser ganzes Leben wird von dieser Frage beeinflusst.

Ein Ende unserer sozialen Probleme ist nur erreichbar, wenn alle Bereiche der Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: durch Versammlungen in den Nachbarschaften und Schulen und Räte in den Betrieben. Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeitermacht durch ein demokratisches Räte-system gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.400€ brutto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohnrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Lohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionsträger: ständige Wahl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Einheitliche Tarifverträge: Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Schlüsselindustrien und Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Für einen demokratisch entwickelten Plan zum Wohnungsbau; dem Ausbau von Sozialleistungen, Bildungs- und Gesundheitssystem; der gesellschaftlich sinnvollen Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und dem nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

5 Vorschläge für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst

Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst sind mit einer Kampfansage in die Sondierungsgespräche getreten: Vertragslaufzeit bis zu 4 Jahren, statt Entgelterhöhung lediglich Inflationsausgleich und Einmalzahlung. Schon während der Pandemie haben die Gewerkschaftsführungen – wie bei ver.di mit dem Tarifvertrag Covid19-Kurzarbeit – auf arbeitgeberfreundliche und „kompromissbereite“ Abschlüsse gesetzt. Aber wir wollen keine Nullrunde, keinen Abwehrkampf und keine Endlos-Laufzeit, die die Gewerkschaftsbewegung weiter demobilisiert.

Gerade während einer Krise bringt es nichts, die Verhandlungen hinter dem Vorwand der „Kooperationsbereitschaft“ im Torraum der Beschäftigten zu beginnen. Statt kleinschrittigen Tauziehens brauchen wir eine fundamentale Strategieänderung und einen umfassenden Kampfplan für einen entschlossenen Kampf der Gewerkschaften. Dafür haben wir für die kommende Tarifrunde fünf Vorschläge erarbeitet:

1. Beschäftigungsprogramm

Parallel dazu, dass während Covid19 ein massiver Mangel an Personal zu katastrophalen Zuständen in der öffentlichen Daseinsvorsorge geführt hat, ist die offizielle Arbeitslosenquote im Mai auf über 6 Prozent gestiegen und fast täglich kommen Meldungen über weitere Entlassungen. Wir brauchen keine Diskussion zu Entlassungen und Kurzarbeit im öffentlichen Sektor auf dem Buckel der Kollegen, sondern einen Kampf um einen umfassenden Plan über bundesweite Neueinstellungen im öffentlichen Dienst. Zur Finanzierung müssen die Profiteure der Privatwirtschaft herangezogen werden, deren Gewinne von einfachen Kollegen erarbeitet wurden und nun durch einen öffentlichen Rettungsschirm ins Trockne gebracht werden sollen, beispielsweise durch eine krisenbedingte Abgabe von mindestens 20 Prozent auf die Vermögen der reichsten zehn Prozent, die viele hundert Milliarden in die Staatskassen spülen würde.

2. Arbeitszeitverkürzung

Auch der Arbeitsstress in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes hat sich während Corona weiter verstärkt. Gesellschaftlich gesehen macht es keinen Sinn, dass eine Gruppe von Beschäftigten bis zum Burnout arbeitet, während die Arbeitslosenzahlen wachsen. Ein offensiver und

politisch geführter Kampf um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich könnte branchenübergreifend Millionen mobilisieren, und der anwachsenden Arbeitslosigkeit eine echte Alternative entgegensetzen.

3. Angleichung Ost-West

Nach wie vor sind die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst in Ostdeutschland schlechter als die im Westen. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt nicht 39 sondern 40 Stunden, der besondere Kündigungsschutz für Kollegen über 40 oder bei einer Betriebszugehörigkeit über 15 Jahren gilt im Osten nicht. Für einen schlagkräftigen gemeinsamen Kampf ist es dringend nötig, dass eine verringerte Arbeitszeit und ein uneingeschränkter Kündigungsschutz über das ganze Bundesgebiet hinweg eingefordert werden, da sonst die Interessen der Kollegen gegeneinander ausgespielt werden können.

4. Ein Betrieb - eine Belegschaft

In der öffentlichen Daseinsvorsorge wird immer mehr an Private ausgegliedert und auf Leiharbeit gesetzt. Etliche Kitas und Krankenhäuser haben ausgelagerte Servicegesellschaften für Essensvergabe und Reinigung. Und unabhängig davon, dass Leiharbeit im öffentlichen Sektor rein fachlich katastrophale Folgen hat, schwächt eine solche Politik die Belegschaften und trägt zur stetigen Verschlimmerung der Arbeitsbedingungen bei. Kampfkräftige Betriebe brauchen geeinte Belegschaften: auch im öffentlichen Dienst müssen alle ausgelagerten Tätigkeiten reverstaatlicht und in die Stammbesellschaft eingegliedert werden. Leiharbeit gehört restlos abgeschafft!

5. Kämpferische Gewerkschaft

Trotz der anstehenden Tarifrunde wurde die tarifliche Regelung zur Kurzarbeit im öffentlichen Dienst durch die Gewerkschaftsführung ohne jede Rücksprache mit den Kollegen durchgeschoben. Diese Methode führt immer wieder zu Abschlüssen, die weit unter dem Kampfpotenzial der organisierten Beschäftigten zurückbleiben.

weiter auf Seite 15